

Gewerkschaftsforum Hannover:

In der folgenden ersten Einschätzung setzt sich der **Collettivo Militant** aus Rom mit den Hintergründen, Auswirkungen und den Herausforderungen auseinander, die der aktuelle Ukraine-Krieg für die Arbeiterbewegung und die Linke nicht nur in Italien bedeutet und geht dabei auch auf richtige und falsche historische Vergleiche ein.

Der Collettivo Militant ist nach seinem Selbstverständnis ein kommunistisches Kollektiv von Aktivisten unterschiedlicher außerparlamentarischer Bewegungen in Rom. Aktivitätsfelder sind der Wohnungskampf, die besetzten Sozialen Zentren (Centri Sociali), Basisgewerkschaften, Antifaschismus, Lateinamerika-Solidarität etc. Die Ursprünge reichen bis ins Jahr 2002 zurück. Das eigentliche Kollektiv in der heutigen Form bildete sich allerdings erst Ende 2005 / Anfang 2006 und wurde am 28. April 2006 offiziell gegründet. Das heißt exakt 61 Jahre nach dem Tag, an dem der gestürzte faschistische Diktator Benito Mussolini in der Lombardei von kommunistischen Partisanen gefangen genommen und erschossen wurde.

Der Text erschien am **24. Februar 2022** auf der Homepage des Kollektivs (www.militant-blog.org).

Die Brille wechseln, mit der wir die Welt betrachten

Collettivo Militant

Um zu versuchen, die "*Ukraine-Krise*" zu verstehen, sollten wir endgültig die Brille aus dem Kalten Krieg absetzen, mit der wir gewohnt waren, die Welt zu betrachten. In dieser Angelegenheit existieren keine guten und bösen Staaten. Es existiert kein antiimperialistisches Lager, in dem man von vornherein kämpft, und auch keine sozialistischen oder fortschrittlichen Staaten, die zu verteidigen sind, sondern ausschließlich Nationalstaaten und internationale Allianzen, die die Interessen der jeweiligen herrschenden Bourgeoisien fördern und schützen. Das Ganze in einem politischen Ballett, das (auch wenn es keiner zugibt, das ausdrücklich zu wollen, sondern es im Gegenteil entschieden abstreitet) in gefährlicher Weise riskiert, die diplomatische Auseinandersetzung und die militärischen Scharmützel in eine wirkliche und wahrhaftige globale kriegerische Auseinandersetzung zu verwandeln. Von diesem Gesichtspunkt aus könnte man den berühmten Aphorismus von Carl von Clausewitz umkehren, ohne sich zu weit von der Wahrheit zu entfernen und sagen, dass die internationale Politik letzten Endes nichts anderes ist als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.

Wenn wir also wirklich eine historische Parallele ziehen wollen und dabei – damit das klar ist – eine deutliche und grobe Vereinfachung vornehmen, glauben wir, dass es nicht die Parallele zum 2. Weltkrieg ist oder besser noch zum bipolaren Gleichgewicht, das daraus hervorging, auf das wir schauen sollten, sondern allenfalls auf den 1. Weltkrieg. Die Krise der Globalisierungsprozesse und der wirtschaftliche und hegemoniale Niedergang der Vereinigten Staaten hinterlassen uns nämlich ein Kaleidoskop globaler und regionaler Mächte, die die eigenen Kräfteverhältnisse mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln neu festlegen. Wie vor mehr als hundert Jahren ein Herr mit einem Kinnbart schrieb:

"Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen. Dabei wird die Teilung 'nach dem Kapital', 'nach der Macht' vorgenommen (...). Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung. Um zu begreifen, was vor sich geht, muss man wissen, welche Fragen durch Machtverschiebungen entschieden werden; ob diese Verschiebungen nun 'rein' ökonomischer Natur oder außerökonomischer (z.B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage, die an den grundlegenden Anschauungen über die jüngste Epoche des Kapitalismus nichts zu ändern vermag. Die Frage nach dem Inhalt des Kampfes und der Vereinbarungen zwischen den Kapitalistenverbänden durch die Frage nach der Form des Kampfes und der Vereinbarungen (heute friedlich, morgen nicht friedlich, übermorgen wieder nicht friedlich) ersetzen, heißt zum Sophisten herabsinken." (Lenin, "Der Imperialismus", 1917)

Das Bewusstsein, dass es keine "befreundeten" Staaten gibt, für die man "schwärmen" / "Partei ergreifen" kann und dass eine eventuelle Verallgemeinerung des Konflikts sich nur in ein x-tes Abschlagen von Proletariern beider Seiten verwandeln kann, darf uns jedoch nicht daran hindern, die Dynamiken zu analysieren und zu verstehen, die zum gegenwärtigen "Quasi-Krieg" geführt haben. Das auslösende Element bleibt die Aggression der NATO und ihre fortschreitende Ausdehnung nach Osten, die von Washington mit der so genannten "Politik der offenen Tür" betrieben wurde. Im Laufe von zwanzig Jahren ist die Atlantische Allianz durch die Einverleibung der Länder, die einst Teil von Jugoslawien, des Warschauer Paktes und der Sowjetunion selbst waren, von 16 auf 30 Mitglieder angewachsen, wodurch die eigenen Waffensysteme und die eigenen Militärbasen immer näher an die russischen Grenzen herangerückt wurden, sodass bereits heute in Polen und Rumänien Raketensysteme stationiert sind, die potentiell in der Lage sind, Marschflugkörper mit Atomsprengkopf zu starten.

Es handelt sich eindeutig um ein regelrechtes Einkreisungsmanöver dessen, was die NATO selbst als "die größte militärische Bedrohung" für die Atlantische Allianz bezeichnet hat. Eine Einkreisung, die Gefahr läuft, endgültig abgeschlossen zu sein, wenn sich die NATO-Beitrittsgesuche vonseiten Bosnien-Herzegowinas, Georgiens und der Ukraine konkretisieren sollten – vielleicht sogar begleitet von dem einen oder anderen weiteren "Regime Change" in den Ländern, die unter russischem Einfluss geblieben sind. Eine Strategie, die Putin dazu getrieben hat, erst jetzt und nur in instrumenteller Weise die Volksrepubliken des Donbass anzuerkennen, auch wenn es ihm nur gelingt, sich eine "Pufferzone" zu schaffen. Und dies obwohl die militärische Aggression von ukrainischer Seite seit mehr als acht Jahren fortgesetzt wird und das in

völliger Verletzung der Minsker Abkommen und bei totalem Desinteresse der internationalen Medien.

Die Schuld analytisch zu verteilen, reicht aber natürlich nicht aus. Im Gegenteil, wenn daraus kein politischer Hinweis folgt, könnten wir sagen, dass das praktisch wenig bis nichts nützt.

Die Eskalation dieser Stunden überträgt uns daher eine abnorme Aufgabe, vor allem angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse. Das heißt mit Entschlossenheit (was heute wie Wunschdenken klingen kann) die Tageslosung des Austritts aus der NATO neu zu lancieren. Die Einhaltung des internationalen Rechts zu verlangen, wie es heute die westlichen Regierungszentralen tun, ist einfach lächerlich – vor allem nach dreißig Jahren humanitärer Kriege, die ohne auch nur den Lumpen einer Deckung durch die UNO geführt wurden. Das Recht auf Selbstbestimmung zu fordern, dabei jedoch das Recht der unterdrückten Völker, wie im Donbass, wie in Palästina nicht anzuerkennen oder wie es im demokratischen Europa in Euskadi ((Baskenland)) oder in Nordirland geschieht, ist reine Heuchelei. Von Respektierung der Grenzen zu sprechen, nachdem der ethnische Hass in Jugoslawien geschürt wurde und nachdem es gewaltsam mit Bombardierungen aus der Luft zerstückelt wurde, ist geradewegs tragikomisch. Es stimmt allerdings ebenso, dass von Frieden zu reden, ohne die imperialistische Natur dieses Konfliktes anzuprangern, uns in das unnütze Lager der "schönen Seelen" ((der Mitfühlenden / Zimperlichen)) verbannen würde. Genauso wie es pharisäerhaft wäre, gegen den Krieg zu kämpfen, ohne den eigenen Imperialismus zu bekämpfen.

Keine Basis, keinen Soldaten für den imperialistischen Krieg!

Vorbemerkung, Übersetzung und Einfügungen in doppelten Klammern:

Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de